



NEWSLETTER-REPORT

AUSGABE 06/23

Inflationsbekämpfung führt zu noch mehr Inflation

Liebe Leser,

das Geldsystem hält viele Überraschungen bereit: Im Jahr 2008 wurde die Finanzkrise damit erklärt, die Welt hätte einen viel zu großen Schuldenberg. Anschließend haben Notenbanken, im Zusammenwirken mit Regierungen, die Geld- und Schuldenmenge noch weiter vergrößert.

Heute ist die Gesamtverschuldung der Welt mehr als doppelt so hoch, wie damals. Das Problem der zu vielen Schulden wurde mit einer Schulden-Verdoppelung „gelöst“. Das klingt ziemlich paradox. Das Geldsystem ist voller Paradoxa, wie auch das Thema dieser Ausgabe: **„Inflationsbekämpfung führt zu noch mehr Inflation!“**

Vor gut 100 Jahren sagte Henry Ford: „Wenn die Menschen unser Geldsystem verstehen würden, hätten wir eine Revolution, noch vor morgen Früh.“ Ob seine Befürchtung begründet war, sei dahingestellt, aber ist es nicht nachdenkenswert, warum das Thema „Geldsystem“ im deutschen Schulunterricht nicht vorkommt?

Nach der Finanzkrise 2008 wurden die Zinsen für mehr als ein Jahrzehnt nahezu abgeschafft und viele Staaten wiesen in dieser Zeit niedrige Inflationsraten aus. Vor rund 2 Jahren begannen viele Preise merklich anzusteigen. Dem begegneten die Notenbanken mit starken Zinserhöhungen. Aufgrund der hohen Schuldenstände hatte dies vor zwei Jahren kaum jemand für möglich gehalten.





Mit Zinserhöhungen soll der Preisauftrieb gebremst werden. Medien und Politik verwenden häufig den Begriff „Inflationsbekämpfung“. Die Notenbanken bekämpfen zwar offiziell die Inflation, aber in **den Jahren 2014 und 2015 gab es viele Schlagzeilen darüber, dass die Notenbanken bestrebt wären, Inflation zu erzeugen (siehe Bild Seite 1).**

Mittlerweile haben sie ihr langersehntes Ziel erreicht und bekämpfen nun die Inflation mittels Zinserhöhung. Auch das klingt ziemlich paradox.

Um Licht in dieses Dunkel zu bringen, ist es wichtig, die Begriffe klar zu definieren: „Inflation“ bedeutet „Ausweitung der Geldmenge“. Die Teuerung ist eine Folge davon!

Wenn die Geldmenge schneller wächst als die Gütermenge, verliert eine Währung an Kaufkraft. Wer heute mit 100 Euro einkaufen geht, bekommt weniger Waren als noch vor 10 Jahren. Wer in 10 Jahren mit einem 100-Euro-Schein einkaufen geht, wird für sein Geld weniger Waren als heute erhalten. Warum ist das so?

Wir haben ein inflationäres Geldsystem! Systembedingt verliert jede Währung im Zeitablauf an Wert. Für alle sichtbar ist dies an der schwindenden Kaufkraft: Die Preise steigen.

Wenn man die Begriffe „Inflation“ und „Teuerung“ gleichsetzt, kann man das Phänomen „Inflation“ nicht verstehen. **Inflation, also „die Ausweitung der Geldmenge“, ist die Ursache von Teuerung.**

Die Geldmengen-Ausweitung ist kein Unfall, sondern sie ist immer eine politische Entscheidung.

Eines der bekanntesten Zitate von Ludwig Erhard, dem früheren deutschen Wirtschaftsminister (1949 bis 1963) und Bundeskanzler (1963 bis 1966) lautet: **„Inflation wird immer durch eine leichtfertige oder verbrecherische Politik hervorgerufen“.**

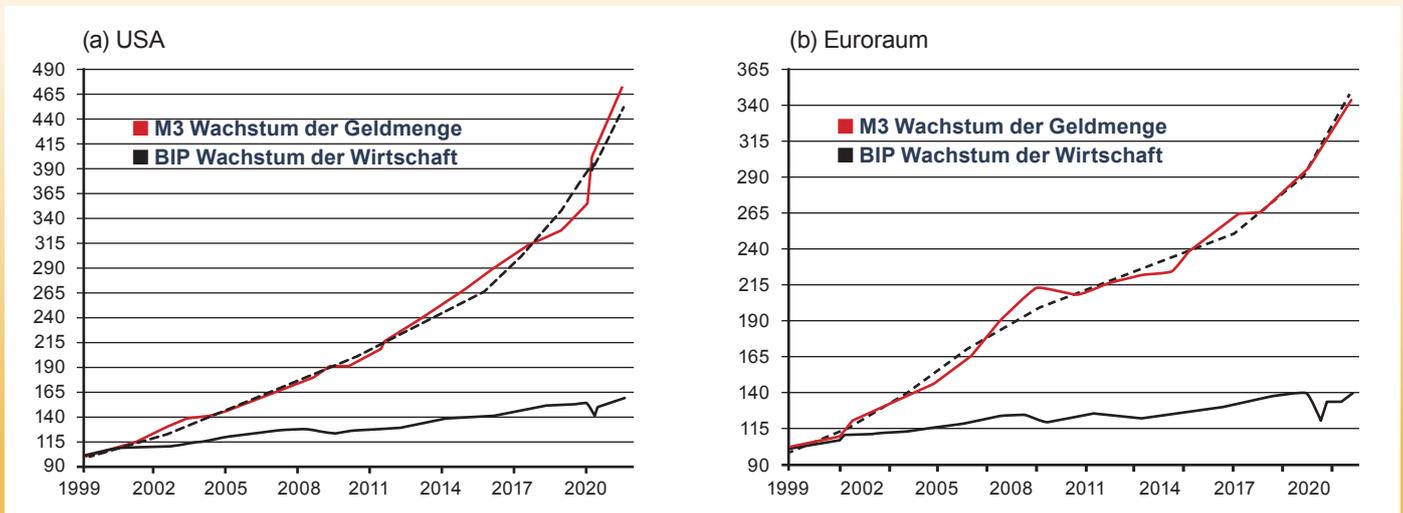
Seine Aussage war sehr präzise. Er war Professor der Volkswirtschaft und wusste, wovon er spricht. Damals brauchte man noch Fachkompetenz, um Minister werden zu können. Ludwig Erhards Lehrsatz ist nun über 60 Jahre alt und hat nichts von seiner Richtigkeit eingebüßt! Heutzutage kann nicht oft genug auf die wahre Ursache von Inflation hingewiesen werden.

Wenn aus politischen Gründen die Geldmenge mit einer höheren Jahresrate ausgeweitet wird, als die Wirtschaft wächst, kommt es zu einem Ungleichgewicht zwischen der Geld- und Gütermenge und somit folglich zu einer Entwertung der Währung. Diese zeigt sich in steigenden Preisen.

Seit Jahrzehnten wächst die Geldmenge sowohl in der Eurozone als auch in den USA stärker als die Wirtschaft – in anderen Regionen der Erde ebenfalls.

Diesem Umstand liegt kein Unglück, sondern politische Entscheidungen zu Grunde. Nach unserem früheren Bundeskanzler gibt es dafür nur zwei Motiv-Möglichkeiten: „leichtfertig oder verbrecherisch“.

GELDMENGE UND WIRTSCHAFTSLEISTUNG





Inflation und folglich auch die Teuerung sind der Kern unseres Schuldensystems. Wenn wir dieses kurz und bündig zusammenfassen, ergibt sich folgendes Bild bzw. folgender Ablauf:

1. Schlecht regierte Staaten werden schuldensüchtig
2. Um die Verschuldung zu finanzieren, entwerten Regierungen ihre Währung
3. Inflation, die aufgeblähte Geldmenge, verursacht Teuerung
4. Mit Zinserhöhungen bekämpfen Notenbanken eine zu starke Teuerung
5. Steigende Zinsen leiten einen wirtschaftlichen Abschwung ein und verursachen Krisen
6. Steigende Zinsen vergrößern das Haushaltsdefizit aller Schulden-Staaten
7. Zur Krisenbekämpfung und um die Wirtschaft wieder anzuschieben, schalten die Notenbanken häufig und ziemlich radikal wieder auf eine expansive Geldpolitik um
8. Dann geht es wieder von vorne los: Die neu aufgeblähte Geldmenge (Inflation) bewirkt einen neuerlichen Konjunkturaufschwung mit anschließendem Preisschub
9. Auch dieser wird wieder mit Zinserhöhungen bekämpft werden

In diesem Geldsystem wird sich dieser Zyklus (Punkte 8 + 9) mehrfach wiederholen. Dabei steigen die Schulden immer weiter an und demzufolge auch die Geldmenge. Teuerungswellen werden in den nächsten Jahren folglich zunehmen.

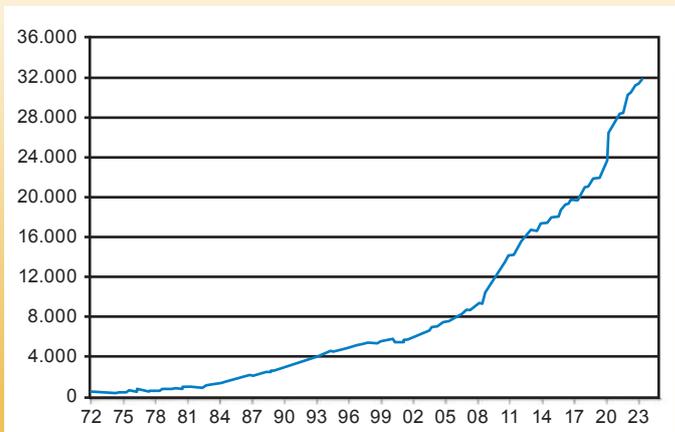
Nachfolgend – eine kurze Erläuterung der genannten Stationen:

1. Schlecht regierte Staaten werden schuldensüchtig

Die US-Staatsschulden wachsen jährlich etwa um 8,5 Prozent. Das führt dazu, dass sich der Schuldenstand etwa alle achteinhalb Jahre verdoppelt.

Mittlerweile beläuft er sich auf 33,9 Billionen Dollar. Diese Aufschuldung läuft seit fünf Jahrzehnten beinahe so kontinuierlich wie ein Uhrwerk – völlig egal, wer US-Präsident war.

US-STAATSVerschuldung, MRD. US-DOLLAR



Quelle: Federal Reserve Bank, Baader Bank Kapitalmarktanalyse

Man kann heute schon ziemlich sicher prognostizieren, dass im Jahr 2032 der Schuldenstand bei 68 Billionen Dollar liegen wird.

Diese skizzierte Schuldenentwicklung der USA steht beispielhaft für die Verschuldung vieler Industrieländer. **Die meisten Regierungen geben Jahr für Jahr mehr aus, als sie einnehmen.** Deutschland erzielt beispielsweise Steuereinnahmen von etwa 1 Billion Euro pro Jahr und wir hören ständig, dass dieses Geld hinten und vorn nicht reicht. Wenn sich ein normaler Mensch überlegen würde, wofür er alles Geld ausgeben möchte, würde er schnell feststellen: Die Einnahmen reichen nicht. Offenbar stellen sich in der Politik zu wenige die Frage: Was können wir uns leisten?

In den letzten Jahren haben wir gesehen, egal wie hoch die Steuereinnahmen auch waren, sie haben für die Ausgaben der Regierung nie gereicht. Dieses Phänomen ist in den allermeisten Staaten zu finden. Der jährliche Fehlbetrag wird mit Krediten finanziert. Dabei geben die Staaten Schuldscheine aus, im Fachjargon „Staatsanleihen“ genannt.

Über Jahrzehnte steigen die Staatsschulden kontinuierlich an, weil die Kredite per Saldo nicht zurückgezahlt werden. Das sieht so aus: Nahezu täglich werden bestehende Anleihen zur Rückzahlung fällig. Woher nehmen die Staaten das Geld für Rück- und Zinszahlungen? Sie verkaufen neue Schuldscheine. Somit erfolgt eine dauerhafte Aufschuldung – siehe Schuldengrafik der USA (oben).



2. Um die Verschuldung zu finanzieren, entwerten Regierungen ihre Währung

Weil der Schuldenstand vieler Staaten von Jahr zu Jahr steigt, ist es naheliegend, dass alle betroffenen Regierungen **ein Interesse an einer dauerhaften leichten Geld-Entwertung haben**. Zu hoch darf die jährliche Geld-Entwertungsrate allerdings nicht werden, sonst sorgt das in der Bevölkerung für Unruhe, wie wir in den letzten zwei Jahren sehen konnten. Aber eine **koninuierlich schleichende Entwertung der Währung und somit auch der Schulden, ist für Regierungen ideal** – sie profitieren von Inflation. Regierungen möchten Schulden in ferner Zukunft mit entwertetem Geld zurückzahlen.

Das große Problem für die Bürger: Die ausgegebenen Staatsanleihen werden hauptsächlich von den Notenbanken **mit neu geschaffenem Geld gekauft**. Somit steigen nicht nur die Schulden der Staaten, sondern auch die Geldmenge insgesamt. **Weil diese dadurch schneller wächst als die Wirtschaft, verwässert die erhöhte Geldmenge den Wert der Währung; es kommt zu einer allmählichen Entwertung des Geldes**.

Regierungen könnten für ihre Mehrausgaben Steuererhöhungen festsetzen. Das wäre der ehrlichste Weg – aber er würde den Regierungsparteien sehr viele Wählerstimmen kosten. So geben Regierungen lieber Staatsanleihen aus und **verschlechtern auf diese Weise heimlich die Kaufkraft der Währung**. Dieser Vorgang ist eine versteckte Enteignung der Bürger. Deshalb fand Ludwig Erhard im obigen Zitat diese deutlichen Worte zum Thema „Inflation“. Eine Auswirkung dieser Inflationspolitik wird in nächster Grafik sichtbar:

Auf der Welt gibt es derzeit 180 Währungen. Alle haben in den letzten Jahrzehnten gegenüber Gold heftig an Wert verloren – 80 bis 90 Prozent, allein in den letzten 24 Jahren. **Der Euro hat seit seinem Bestehen 86 Prozent an Kaufkraft gegenüber Gold verloren**.

Dieser stetige Wertverlust gegenüber Gold wird so weitergehen, weil die Notenbanken grenzenlos die Geldmenge ausweiten können, während die Goldmenge nahezu konstant bleibt.

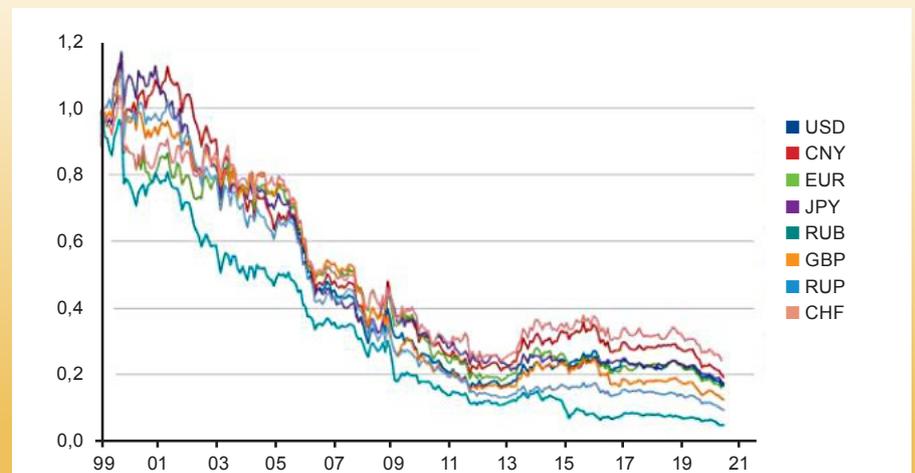
Gold hat sich seit 5.000 Jahren als Wertaufbewahrungsmittel bewährt, weil die vorhandene Menge nicht durch politische Entscheidungen vergrößert werden konnte. Die stetige Wertminderung der Währungen ist Folge der ständigen Geldmengen-Vergrößerung. Deshalb kann man sehr sicher prognostizieren, dass der Euro in den nächsten Jahren weitere 86 Prozent gegenüber Gold verlieren wird!

3. Inflation, also die aufgeblähte Geldmenge, verursacht Teuerung

Die hohe Teuerung, die sich in 2022 entwickelt hatte, war Folge der gigantischen Geldmengen-Ausweitung, **für die die Zentralbanken in den letzten Jahren gesorgt hatten**. So vergrößerte die EZB die Geldmenge M3 von Ende 2019 bis 2022 um gut 25 Prozent und die US-Zentralbank die Geldmenge M2 sogar um 40 Prozent.

Weil der Zuwachs des Güterangebotes mit der kolossalen Geldmengen-Vermehrung nicht Schritt gehalten hatte, entstand ein enormer Geldmengen-Überhang, der auf die Kostenschübe durch die Klimapolitik, die Lockdowns und den Ukraine-Krieg traf und sich in hohen Preissteigerungen entlud.

STEIGENDER GOLDPREIS BEDEUTET VERFALL DER OFFIZIELLEN WÄHRUNG
Kaufkraft ausgewählter Währungen gegenüber dem Gold (pro Feinunze)





4. Mit Zinserhöhungen bekämpfen Notenbanken eine zu starke Teuerung

Sobald hohe Preisschübe auf breiter Front offenbar werden, müssen Zentralbanken ihre Inflationspolitik beenden und eine restriktive Geldpolitik einschlagen, damit die Teuerung nicht aus dem Ruder läuft und den Volkswirtschaften großen Schaden zufügt. Durch Zinserhöhungen bremsen die Notenbanken das Kredit- und Geldmengenwachstum. Die Kreditnachfrage lässt wegen steigender Finanzierungskosten nach und mit zunehmenden Zahlungsausfällen werden die Banken zurückhaltender bei der Darlehensgewährung.

Dadurch geht der Zustrom von neuem Kredit und Geld in die Volkswirtschaft zurück und die Gesamtnachfrage sinkt. Ein Rückgang der Nachfrage führt zu niedrigeren Preisen. Steigende Zinsen haben auch gefährliche Krisenwirkungen in einer hochverschuldeten Volkswirtschaft:

5. Steigende Zinsen leiten einen wirtschaftlichen Abschwung ein

Die bisherigen Zinserhöhungen haben schon deutliche Spuren hinterlassen: Im Frühjahr kam es aufgrund der starken Zinserhöhungen der US-Notenbank zu einigen Schließungen und Zwangsfusionen von Großbanken in den USA und der Schweiz. Hätten die Regierungen nicht mit Steuerzahlergeld und neuen Krediten eingegriffen, wäre die Lage außer Kontrolle geraten, mit einer unabsehbaren Kettenreaktion im Finanzsystem.

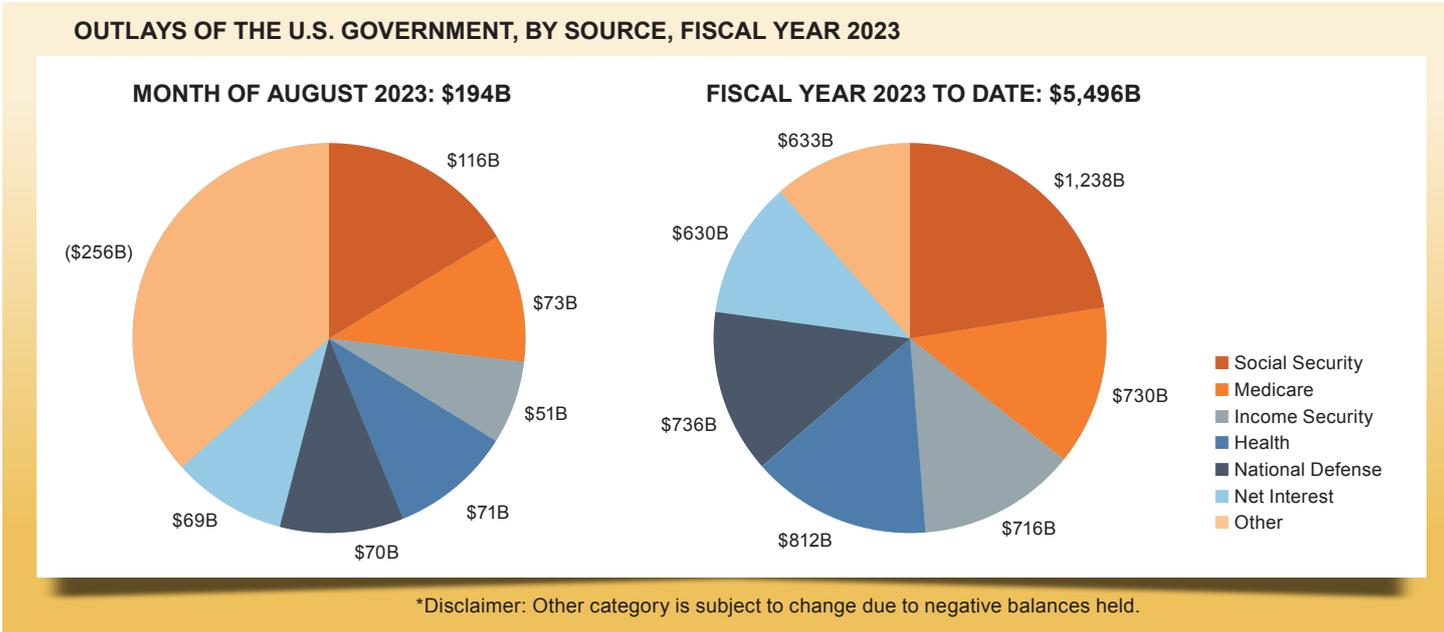
In Deutschland steigen die Unternehmensinsolvenzen stark an: In den ersten neun Monaten gab es 45 Großinsolvenzen von Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von über 50 Millionen Euro. Die meisten Pleiten gab es im Baugewerbe, Modeindustrie, Maschinenbau, Dienstleistungsunternehmen und Krankenhäusern. Aufgrund der starken Zinserhöhungen ist dies eine relativ normale Entwicklung und entspricht der Zielsetzung der Notenbanken, den Preisauftrieb abzubremsen.

6. Steigende Zinsen vergrößern das Haushaltsdefizit aller Schulden-Staaten

Steigende Zinskosten vergrößern das jährliche Haushaltsdefizit vieler Staaten und sorgen für eine höhere Neuverschuldung. Das trifft auf alle Eurostaaten und die USA zu. Das US-Haushaltsdefizit wird in diesem Jahr auf 1,7 Billionen Dollar geschätzt. Etwa die Hälfte davon entfällt auf Zinskosten.

Die jüngste Haushaltsanalyse des US-Finanzministeriums zeigt, dass sich die Nettozinszahlungen bereits den Militärausgaben nähern und diese in den nächsten Jahren sogar übersteigen könnten.

Im August 2023 waren die Nettozins-Ausgaben (Net Interest) schon etwa gleich hoch wie die Militärausgaben (National Defence) und höher als die Ausgaben für die Sozialhilfe (Income Security).





Hohe Zins-Ausgaben schränken die Ausgabe-Möglichkeiten der Regierungen stark ein und sie erhöhen die jährliche Neuverschuldung der Staaten. Es liegt auf der Hand, dass sich Regierungen tiefere Zinsen wünschen.

7. Zur Krisenbekämpfung und um die Wirtschaft wieder anzuschieben, schalten die Notenbanken häufig und ziemlich radikal wieder auf eine expansive Geldpolitik um

Zinserhöhungen bremsen zwar den Preisauftrieb, aber in einer hochverschuldeten Volkswirtschaft bringen sie verschiedene Krisen hervor: Kreditkrise, Pleitewelle, Bankenkrise, Rezession, Massenarbeitslosigkeit, Staatsschuldenkrise, um einige zu nennen.

Sobald Volkswirtschaften vom Abgleiten in eine Krise bedroht sind, wird das Ziel der Notenbank, die Teuerungsrate zu senken, zweitrangig – weil die Kosten einer Rezession, verbunden mit Pleitewellen und Massenarbeitslosigkeit, als unerträglich angesehen werden.

In einer solchen Situation legen Regierungen neue schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme auf, finanziert durch neu geschaffenes Geld, das die Zentralbanken bereitstellen.

Um größere Krisen einzudämmen oder gar nicht erst entstehen zu lassen, wechselten die Notenbanken in der Vergangenheit schon mehrmals sehr schnell und radikal von restriktiver zu expansiver Geldpolitik:

Die Zinsen wurden drastisch gesenkt und die Märkte mit enormen Geldmengen geflutet. Beispielsweise die Geldmengenausweitung während der Finanzkrise in 2009 (Grafik unten).

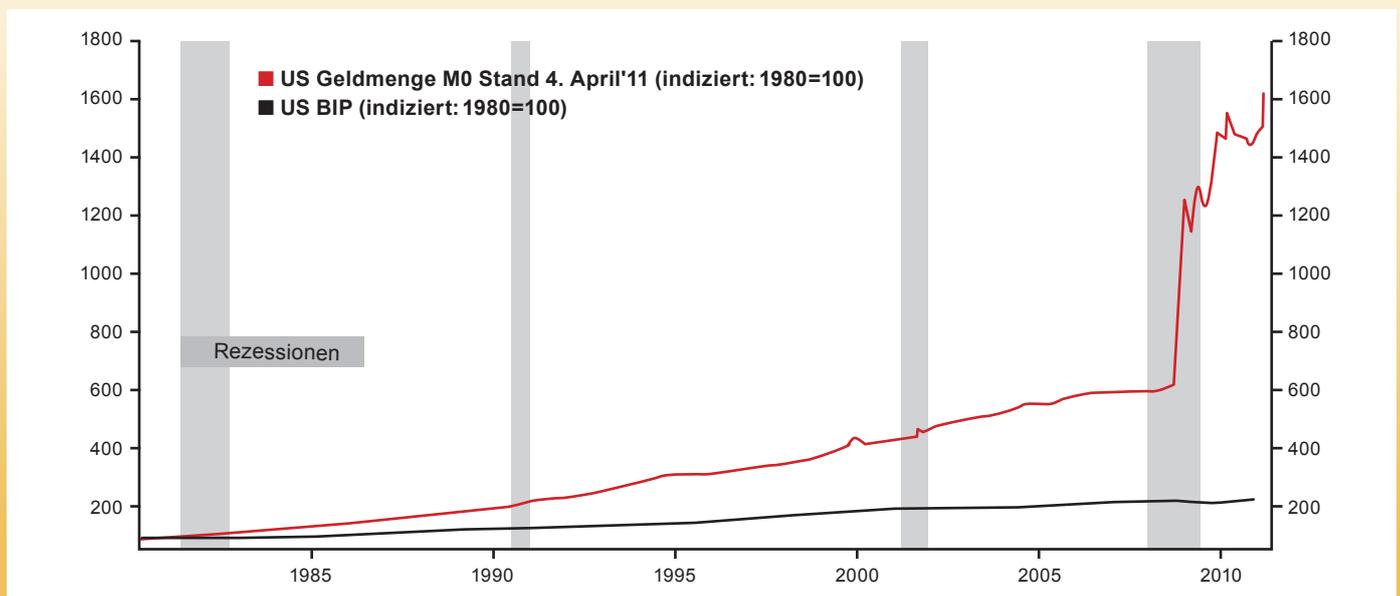
Siehe Seite 3: **Sobald sich eine ernstzunehmende Krise abzeichnet, werden die Notenbanken in ihrer Geldpolitik wieder radikal umsteuern.**

8. Dann geht es wieder von vorne los: Die neu aufgeblähte Geldmenge (Inflation) bewirkt einen neuerlichen Konjunkturaufschwung mit anschließendem Preisschub

9. Auch dieser wird wieder mit Zinserhöhungen bekämpft werden

In diesem Geldsystem wird sich dieser Zyklus (Punkte 8 + 9) mehrfach wiederholen. Dabei steigen die Schulden immer weiter an und demzufolge auch die Geldmenge. Teuerungswellen werden folglich zunehmen.

US-DOLLAR GELDMENGE EXPLODIERT WEITER
real geschaffene Werte (BIP) können nicht Schritt halten



Quelle: Thomas Reuters | Grafik: Solit



Kurz zusammengefasst:

In hochverschuldeten Volkswirtschaften löst die Inflationsbekämpfung Krisen aus. Um diese unter Kontrolle zu bringen, braucht es wieder viel neues Geld (Kredite); dadurch wird die nächste Inflationsrunde eingeläutet. Ergebnis: **Inflationsbekämpfung führt zu noch mehr Inflation!**

Es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren mehrere Teuerungswellen ablaufen werden. Während Währungen wie Euro und Dollar somit Phasen von

starker Kaufkraftminderung erleiden werden, wird sich dies bei Gold und Silber sehr wahrscheinlich mit Wertsteigerungen auswirken.

Alles über das Rohstoffmanagement der SWM AG erfahren, hier klicken!

Gutes Gelingen bei Ihren Entscheidungen wünscht Ihnen

Ihr
Customer-Service der SWM AG

Impressum:

SWM AG | Altenbach 17 | FL 9490 Vaduz | Fürstentum Liechtenstein | Telefon: +423 23 00 182 | service@sev.li

[Video](#)

[Twitter](#)

[Google](#)

[Newsletter-Archiv der SWM AG](#)

www.swm-ag.li

Nachfolgend ergänzende Informationen zu Edelmetallen:

